

Hinweise zum Datenschutz von GÖHMANN Rechtsanwälte Berlin

Im Folgenden möchten wir Sie über die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten informieren, die Sie an uns als interne Meldestelle weitergeben.

1. Zweck der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen des Hinweisgebersystems stützt sich auf das berechnete Interesse der Auftraggeberin an der Aufdeckung und Prävention von Missständen und der damit verbundenen Abwendung von Schäden und Haftungsrisiken (§ 10 HinSchG sowie Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO i.V.m. §§ 30, 130 OWiG). Betrifft ein eingegangener Hinweis eine bei der Auftraggeberin beschäftigte Person, dient die Verarbeitung zudem der Verhinderung von Straftaten oder sonstigen Rechtsverstößen, die im Zusammenhang mit dem Beschäftigtenverhältnis stehen können (§ 26 Abs. 1 Satz 2 BDSG).

Die Verarbeitung der Identifikationsdaten der hinweisgebenden Person und der von dem Hinweis betroffenen Personen erfolgt entsprechend Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. § 10 HinSchG.

2. Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Nutzung des Hinweisgebersystems erfolgt auf freiwilliger Basis in Bezug auf die hinweisgebende Person. Die Ombudsperson erhebt dabei folgende personenbezogene Daten und Informationen, wenn Sie einen Hinweis abgeben:

- Ihren Namen, sofern Sie Ihre Identität offenlegen,
- Ihre Kontaktdaten, sofern Sie uns diese zur Verfügung stellen,
- die Tatsache, dass Sie eine Meldung über das Hinweisgebersystem getätigt haben,
- ob Sie bei der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH beschäftigt sind, sofern Sie das angeben, und
- gegebenenfalls Namen von Personen sowie sonstige personenbezogene Daten der Personen, die in der Meldung genannt sind (sog. vom Hinweis betroffene Personen).

Die an das Hinweisgebersystem abgegebenen Daten sind von dem Whistleblower Software System gem. ISO 27001 verschlüsselt und passwortgeschützt gespeichert, so dass der Zugriff auf einen sehr engen Kreis ausdrücklich autorisierter Personen beschränkt ist. Das sind Frau Rechtsanwältin Dr. Stefanie Lejeune und Herr Rechtsanwalt Ralf Strötzel, von GÖHMANN Rechtsanwälte Berlin (Ombudspersonen), sofern Sie den Hinweis an diese gerichtet haben.

Die Ombudsperson prüft und bewertet jeweils den gemeldeten Sachverhalt hinsichtlich seiner tatsächlichen und rechtlichen Relevanz. Die hinweisgebende Person erhält innerhalb von sieben Tagen eine Eingangsbestätigung und innerhalb von drei Monaten nach der Eingangsbestätigung eine Rückmeldung über ergriffene sowie geplante Folgemaßnahmen. Etwaige Folgemaßnahmen, etwa eine weitergehende fallbezogene Sachverhaltsaufklärung, verantwortet der Compliance-Beauftragte der Auftraggeberin.

In allen Phasen der Entgegennahme, Prüfung und Bewertung des eingegangenen Hinweises werden die personenbezogenen Daten sowohl in Bezug auf die hinweisgebende Person als auch in Bezug auf die von dem Hinweis betroffenen Personen stets vertraulich behandelt. Bei einem wissentlich falschen Hinweis der hinweisgebenden Person, mit dem Ziel eine andere Person zu diskreditieren (Denunziation), kann die Vertraulichkeit allerdings nicht gewährleistet werden.

In bestimmten Fällen besteht gem. Art. 14 Abs. 3 lit. a DSGVO die Verpflichtung, die von dem Hinweis betroffene Person über die gegen sie erhobenen Vorwürfen zu informieren, wenn objektiv feststeht, dass die Informationserteilung an die von dem Hinweis betroffene Person die konkrete Hinweisaufklärung tatsächlich nicht mehr beeinträchtigen kann. Dabei wird die Identität der hinweisgebenden Person – soweit rechtlich möglich – nicht offengelegt und es wird sichergestellt, dass keine Rückschlüsse auf ihre Identität möglich sind.

Die Empfänger der Hinweise achten stets darauf, dass die einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen bei der Weitergabe von Hinweisen sowohl in Bezug auf die hinweisgebende als auch die vom Hinweis betroffenen Personen eingehalten werden. Handelt es sich bei dem eingehenden Hinweis um einen solchen i.S.d. § 2 HinSchG, können Strafverfolgungsbehörden, Kartellbehörden, sonstige Verwaltungsbehörden, Gerichte sowie von der STADT UND LAND beauftragte Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften weitere

Empfänger der personenbezogenen Daten sein. Jede Person, die Zugang zu den Daten erhält, ist zur Vertraulichkeit und zur Einhaltung des Datenschutzrechts verpflichtet.

Personenbezogene Daten werden so lange aufbewahrt, wie es die Aufklärung und abschließende Beurteilung erfordert, ein berechtigtes Interesse der Auftraggeberin oder ein gesetzliches Erfordernis besteht. Danach werden diese Daten entsprechend den gesetzlichen Vorgaben gelöscht. Die Dauer der Speicherung richtet sich insbesondere nach der Schwere des Verdachts und der gemeldeten eventuellen Pflichtverletzung.

3. Ihre Rechte

Nach Art. 15 Abs. 1, Art. 16 bis 20 DSGVO hat sowohl die hinweisgebende als auch die von dem Hinweis betroffene Person gegenüber der Verantwortlichen das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und in bestimmten Fällen das Recht auf Datenübertragung.

Außerdem können die Anspruchsberechtigten aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch gem. Art. 21 DSGVO einlegen, sofern die Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse oder auf der Grundlage einer Interessenabwägung erfolgt. Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte möglichst an die in diesem Datenschutzhinweis aufgeführten Kontaktdaten erfolgen.

Wird das Widerspruchsrecht von den Anspruchsberechtigten in Anspruch genommen, prüfen wir umgehend, inwieweit die gespeicherten Daten, insbesondere für die Bearbeitung eines Hinweises, noch erforderlich sind. Nicht mehr benötigte Daten werden unverzüglich gelöscht.

Diesem steht außerdem ein Beschwerderecht bei einer zuständigen Aufsichtsbehörde zu: Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Alt-Moabit 59-61 10555 Berlin, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

4. Ansprechpartner

Unser externer Datenschutzbeauftragte steht als Ansprechpartner für Ihre datenschutzbezogene Anliegen zur Verfügung:

- Herr Dipl.-Ing., Dipl.-Kfm. Dietmar Niehaus, c/o Best Carrier GmbH, Schwachhausener Heerstr. 78, 28209 Bremen, Tel. +49 421 59863 50 / E-Mail: niehaus@bestcarrier.de